

I. Allgemeine Geschäftsbedingungen

Die nachstehenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) enthalten zugleich gesetzliche Informationen zu Ihren Rechten nach den Vorschriften über Verträge im Fernabsatz und im elektronischen Geschäftsverkehr.

1. Geltungsbereich/Definitionen

Für alle Leistungen und Lieferungen von AP Schädlingsbekämpfung, André Pauquet, Kranichstr. 66, 50374 Erftstadt (nachfolgend „AP Schädlingsbekämpfung“) gelten diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Abweichenden Bedingungen des Kunden wird hiermit ausdrücklich widersprochen. Diese werden weder durch Auslieferung der Ware noch durch eine andere konkludente Handlung Vertragsinhalt.

2. Zustandekommen des Vertrages

(1) Bei einer Bestellung des Kunden auf schriftlichem Weg, per E-Mail, Telefon oder Fax, nach Beratung durch AP Schädlingsbekämpfung oder einem Angebot von AP Schädlingsbekämpfung gilt das Nachfolgende:

a) Der Kunde erklärt mit seiner Bestellung gegenüber AP Schädlingsbekämpfung ein verbindliches Angebot zur Erbringung der bestellten Dienstleistung und zum Kauf der damit verbundenen notwendigen Ware.

b) AP Schädlingsbekämpfung ist berechtigt, das Vertragsangebot des Kunden innerhalb von 14 Tagen nach Eingang anzunehmen. Die Annahme kann entweder schriftlich oder durch Erbringung der Dienstleistung bzw. Auslieferung der Ware an den Kunden erklärt werden.

c) Sofern der Kunde nicht den Einsatz eines bestimmten Mittels oder eines bestimmten Verfahrens verlangt, liegt die Auswahl des eingesetzten Mittels und des Verfahrens der Schädlingsbekämpfung allein im Ermessen von AP Schädlingsbekämpfung.

d) Verlangt der Kunde den Einsatz eines bestimmten Mittels oder eines bestimmten Verfahrens und ist dieses aus Sicht von AP Schädlingsbekämpfung für den Erfolg der Maßnahme nicht geeignet, wird AP Schädlingsbekämpfung den Kunden hierauf hinweisen. Verlangt der Kunde dennoch den Einsatz des Mittels oder Verfahrens, erfolgt der Einsatz ohne Gewähr für einen Erfolg.

3. Pflichten und Obliegenheiten des Kunden

(1) Der Kunde verpflichtet sich, AP Schädlingsbekämpfung bei einem Vororttermin den Zugang zu dem befallenen Bereich zu ermöglichen, insbesondere Gefahrenstellen zu räumen und etwaige Zugangswege zu dem befallenen Objekt frei zu stellen.

(2) Sofern eine Durchführung der Schädlingsbekämpfung für längere Zeit erforderlich ist, ist der Kunde verpflichtet, die von AP Schädlingsbekämpfung vorgenommenen Maßnahmen auf ihre Unversehrtheit und Vorhandensein zu überprüfen und AP Schädlingsbekämpfung unverzüglich davon zu unterrichten, falls aufgestellte Fallen, Köder oder sonstige Maßnahmen entfernt, zerstört oder beschädigt worden sind.

4 Zahlungsbedingungen

(1) Die Rechnungen von AP Schädlingsbekämpfung sind, falls nicht anders schriftlich vereinbart, innerhalb von 14 Tagen nach Rechnungsdatum ohne Abzug zahlbar und zwar unabhängig vom Eingang der Ware.

(2) Dem Kunden steht kein Zurückhaltungsrecht zu, soweit es nicht auf demselben Vertragsverhältnis beruht.

(3) Im Falle des Zahlungsverzuges einer Zwischen- oder Abschlagsrechnung ist AP Schädlingsbekämpfung berechtigt, die aufgestellten Fallen und Köder abzuholen und weitere Maßnahmen bis zum Ausgleich aller seiner Forderungen oder je nach Befallsituation endgültig einzustellen.

5. Eigentumsvorbehalt:

Bei Lieferung oder Übergabe von Waren jeglicher Art behält sich AP Schädlingsbekämpfung das Eigentum an der gelieferten Ware bis zur vollständigen Zahlung des Kaufpreises vor. Bei Verträgen mit Unternehmern gilt der Eigentumsvorbehalt bis zur vollständigen Begleichung aller Forderungen aus der laufenden Geschäftsbeziehung.

6. Haftungsbeschränkungen

(1) AP Schädlingsbekämpfung haftet uneingeschränkt nach den gesetzlichen Bestimmungen für Schäden an Leben, Körper und Gesundheit, die auf einer fahrlässigen oder vorsätzlichen Pflichtverletzung von AP Schädlingsbekämpfung, dessen gesetzlichen Vertretern oder Erfüllungsgehilfen beruhen, sowie für Schäden, die von der Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz umfasst werden. Für Schäden, die nicht von Satz 1 erfasst werden und die auf vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Vertragsverletzungen sowie Arglist von AP Schädlingsbekämpfung, dessen gesetzlichen Vertretern oder Erfüllungsgehilfen beruhen, haftet AP Schädlingsbekämpfung nach den gesetzlichen Bestimmungen.

(2) Für Schäden, die auf dem Fehlen einer garantierten Beschaffenheit beruhen, aber nicht unmittelbar an der Sache eintreten, haftet AP Schädlingsbekämpfung nur dann, wenn das Risiko eines solchen Schadens ersichtlich von der Beschaffenheitsgarantie erfasst ist.

(3) AP Schädlingsbekämpfung haftet auch für Schäden, die durch einfache Fahrlässigkeit verursacht werden, soweit die hierdurch entstehenden Schäden auf der Verletzung von Rechten, die dem Kunden nach Inhalt und Zweck des Vertrages gerade zu gewähren sind und/oder auf der Verletzung von Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglichen und auf deren Einhaltung der Kunde regelmäßig vertraut und vertrauen darf (Kardinalpflichten), beruhen.

(4) Eine weitergehende Haftung ist ohne Rücksicht auf die Rechtsnatur des geltend gemachten Anspruchs ausgeschlossen.

7. Schlussbestimmungen

(1) Erfüllungsort ist Erfstadt.

(2) Bei Verträgen mit Kaufleuten, also Kunden, die ein Handelsgewerbe betreiben, oder aus anderen Rechtsgründen im HGB als Kaufmann eingeordnet werden sowie mit juristischen Personen des öffentlichen Rechts ist Erfstadt ausschließlich Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis unmittelbar oder mittelbar ergebenden Streitigkeiten.

(3) Es gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des U.N.-Kaufrechts.

II. Datenschutzerklärung

Verantwortlicher im Sinne der Datenschutzgrundverordnung, sonstiger in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union geltenden Datenschutzgesetze und anderer Bestimmungen mit datenschutzrechtlichem Charakter ist Firma AP Schädlingbekämpfung, André Pauquet, Kranichstr. 66, 50374 Erfstadt (nachfolgend „Verantwortlicher“ bzw. „wir“ oder „uns“).

1. Umfang und Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten

Wir erheben und verwenden personenbezogene Daten unserer Kunden grundsätzlich nur, soweit dies zur Abwicklung der Bestellung und des Auftrages erforderlich ist. Die von uns benötigten Daten sind in der Regel der Name, der Vorname, die Anschrift, die Telefonnummer und bei Bedarf einer elektronischen Kommunikation die E-Mail Adresse des Kunden. Diese Daten verwenden und speichern wir gemäß den Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung allein zur Erbringung unserer Leistungen.

2. Rechtsgrundlage

Bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten, die zur Erfüllung eines Vertrages, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, erforderlich ist, dient Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO als Rechtsgrundlage. Dies gilt auch für Verarbeitungsvorgänge, die zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich sind.

3. Datenlöschung und Speicherdauer

Die personenbezogenen Daten unserer Kunden werden gelöscht oder gesperrt, sobald der Zweck der Speicherung entfällt. Dies ist in dem vorliegenden Fall dann erfüllt, wenn das Vertragsverhältnis vollständig abgewickelt ist, die Gewährleistungs- und sonstigen mit dem Vertrag in Verbindung stehenden Rechte beider Seiten erloschen sind und die steuer- oder handelsrechtlichen Vorschriften über die Speicherdauer von Vertragsdokumenten abgelaufen ist. Eine darüber hinausgehende Speicherung erfolgt nur dann, wenn dies durch den europäischen oder nationalen Gesetzgeber in unionsrechtlichen Verordnungen, Gesetzen oder sonstigen Vorschriften, denen wir unterliegen, ausdrücklich vorgesehen wurde. Eine Sperrung oder Löschung der Daten erfolgt, wenn eine durch die genannten Normen vorgeschriebene Speicherfrist abläuft, es sei denn, dass eine Erforderlichkeit zur

weiteren Speicherung der Daten für einen Vertragsabschluss oder eine Vertragserfüllung besteht.

4. Weitergabe der Daten an Dritte

(1) Im Rahmen der Ausführung unserer Leistungen sind wir in den nach genannten Fällen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen angehalten, den vollständigen Vor- und Zunamen sowie die Anschrift des betreffenden Kunden an die nachfolgend genannten Behörden zu übermitteln, um diese über den von uns festgestellten Befund zu informieren oder die beauftragte Leistung ausführen zu dürfen:

a) Stellen wir bei einer Maßnahme meldepflichtige Schädlinge fest, sind wir verpflichtet, diesen Befund an das zuständige Gesundheitsamt oder - bei bestimmten Schädlingen - an den zuständigen Pflanzenschutzdienst weiter zu leiten. Die Übertragung der Daten umfasst hierbei den Fundort mit Name und Anschrift des Eigentümers oder Wohnungs- und Betriebsstätteninhabers und die Art des Befundes, gegebenenfalls den Umfang und die Anzahl gefundener Schädlinge.

b) Bei der Überprüfung von Gemeinschaftseinrichtungen jeglicher Art, insbesondere Schulen, Kindertagesstätten, Krankenhäusern, Heimen, Ferienlager oder sonstigen Einrichtungen, in denen überwiegend Säuglinge, Kinder oder Jugendliche betreut werden, sind wir generell verpflichtet, unsere Tätigkeit dem zuständigen Amt für Arbeitsschutz mindestens 14 Tage vorher anzuzeigen. Die Anzeige erfolgt befallsunabhängig und umfasst den Namen und die Anschrift der Einrichtung sowie den Umfang, die Anwendung, die verwendeten Mittel, das Ausbringungsverfahren sowie die vorgesehenen Schutzmaßnahmen, die von uns verhängt werden.

c) Im Fall eines bestehenden Artenschutzes sind wir verpflichtet, die beabsichtigte Maßnahme unter Angabe des Namens und der Anschrift des Kunden beim Amt für Artenschutz anzumelden, um eine Genehmigung zur Ausführung der Maßnahme zu erhalten. Dies betrifft insbesondere jeglichen Eingriff in das Nist-, Brut- und Lebendverhalten geschützter Tiere und Pflanzen.

Auf das Vorliegen einer der vorstehenden Fälle werden wir Sie bei Auftragsvergabe und/oder bei der Vorortbesichtigung hinweisen.

(2) Soweit eine Verarbeitung und Übertragung personenbezogener Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, der unser Unternehmen unterliegt, dient Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO als Rechtsgrundlage.

(3) Gegen die Weitergabe der Daten an die aufgeführten Behörden im Rahmen dieses Abschnittes besteht keine Widerspruchsmöglichkeit, da wir hierbei gesetzlichen Anforderungen unterliegen.

5. Rechte der betroffenen Person

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet, sind Sie Betroffener i.S.d. DS-GVO und es stehen Ihnen folgende Rechte gegenüber uns („dem Verantwortlichen“) zu:

(1) Auskunftsrecht

Sie können von uns eine Bestätigung darüber verlangen, ob personenbezogene Daten, die Sie betreffen, von uns verarbeitet werden. Liegt eine solche Verarbeitung vor, können Sie von uns über folgende Informationen Auskunft verlangen:

- a. die Zwecke, zu denen die personenbezogenen Daten verarbeitet werden;
- b. die Kategorien von personenbezogenen Daten, welche verarbeitet werden;
- c. die Empfänger bzw. die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offen gelegt wurden oder noch offen gelegt werden;
- d. die geplante Dauer der Speicherung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten oder, falls konkrete Angaben hierzu nicht möglich sind, Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer;
- e. das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, eines Rechts auf Einschränkung der Verarbeitung oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung;
- f. das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde;
- g. alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden.

Ihnen steht das Recht zu, Auskunft darüber zu verlangen, ob die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt werden. In diesem Zusammenhang können Sie verlangen, über die geeigneten Garantien gem. Art. 46 DS-GVO im Zusammenhang mit der Übermittlung unterrichtet zu werden.

(2) Recht auf Berichtigung

Sie haben ein Recht auf Berichtigung und/oder Vervollständigung, sofern die verarbeiteten personenbezogenen Daten, die Sie betreffen, unrichtig oder unvollständig sind. Wir haben die Berichtigung unverzüglich vorzunehmen.

(3) Recht auf Löschung

Sie können von uns verlangen, dass die Sie betreffenden personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht werden, und wir sind verpflichtet diese Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:

- a. Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
- b. Sie widerrufen Ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO stützte, und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.
- c. Sie legen gem. Art. 21 Abs. 1 DS-GVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor, oder die Sie legen gem. Art. 21 Abs. 2 DS-GVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein.
- d. Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
- e. Die Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Bundesrepublik Deutschland erforderlich.

- f. Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Art. 8 Abs. 1 DS-GVO erhoben.

(4) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Unter den folgenden Voraussetzungen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten verlangen:

- a. wenn Sie die Richtigkeit der Sie betreffenden personenbezogenen für eine Dauer bestreiten, die es uns ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen;
- b. die Verarbeitung unrechtmäßig ist und Sie die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangen;
- c. wir die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigen, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen, oder
- d. wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 DS-GVO eingelegt haben und noch nicht feststeht, ob unsere berechtigten Gründe Ihren Gründen überwiegen.

Wurde die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten eingeschränkt, dürfen diese Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.

Wurde die Einschränkung der Verarbeitung nach den o.g. Voraussetzungen eingeschränkt, werden Sie von uns unterrichtet, bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

(5) Recht auf Unterrichtung

Haben Sie das Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung geltend gemacht, sind wir verpflichtet, allen Empfängern, denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offen gelegt wurden, diese Berichtigung oder Löschung der Daten oder Einschränkung der Verarbeitung mitzuteilen, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden. Ihnen steht zudem das Recht zu, über diese Empfänger unterrichtet zu werden.

(6) Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie haben das das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten. Außerdem haben Sie das Recht diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch uns zu übermitteln, sofern dies technisch machbar ist. Freiheiten und Rechte anderer Personen dürfen hierdurch nicht beeinträchtigt werden.

(7) Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. e oder f DS-GVO erfolgt, Widerspruch einzulegen.

Nach einem Widerspruch verarbeiten wir die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihren Interessen, Rechten und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

(8) Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs steht Ihnen das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DS-GVO verstößt.